

Bericht der Landtagsdebatte vom 27. - 29. September (49. und 50. Sitzung) – Hochschule, Wissenschaft, Forschung

Attraktivität des Lehrerberufs steigern - mehr Leistungsgerechtigkeit schaffen

Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 6/7386, vom 19.09.2017, 3. Neudruck

https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/parladoku/w6/drs/ab_7300/7386.pdf

Gesamtverantwortung für Landesbedienstete wahrnehmen

Entschließungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE

Drucksache 6/7425 vom 26.09.2017

https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/parladoku/w6/drs/ab_7400/7425.pdf

Bei der begrüßenswerten Anhebung der Besoldungsstufe für Lehrkräfte der Sekundarstufe I und II auf A13 wurden Grundschullehrkräfte übergangen. Viele Lehrkräfte haben sich deswegen zu Recht mit Briefen an den Landtag gewandt. Auch die Kluft zu Berufsschullehrkräften hat sich vergrößert. Der gemeinsame Antrag von CDU und Bündnis 90/Die Grünen fordert die Landesregierung auf, bis zum Ende des 2. Quartals 2018 ein Maßnahmenpaket „Leistungsgerechte Besoldung im Schuldienst“ vorzulegen. Das Paket soll u.a. folgende Eckpunkte enthalten: Das bisher in der Besoldungsgruppe A12 ausgebrachte Eingangsamt für Lehrkräfte mit der Befähigung in der Primarstufe soll künftig in der Besoldungsgruppe A13 ausgebracht werden. Unter bestimmten Voraussetzungen sollen Lehrkräfte nach dem Recht der DDR von jetzt A10, A11 und A12 in die jeweils höhere Besoldungsgruppe eingruppiert werden. Es wird für die bevorstehenden Tarifverhandlungen empfohlen, die im Antrag skizzierten Änderungen auf tariflich beschäftigte Lehrkräfte zu übertragen. Der Antrag wurde abgelehnt.

In dem beschlossenen Entschließungsantrag erkennt die Koalition zwar an, dass es weitere Schritte bedarf, damit das Land als Arbeitgeber auch zukünftig attraktiv bleibt. Die Koalition macht in ihrem Antrag aber auch deutlich, dass sie weder den bevorstehenden Tarifverhandlungen noch den bereits in Auftrag gegebenen Bericht zur Steigerung der Attraktivität des öffentlichen Dienstes und zu Seiteneinsteiger*innen vorgreifen will.

Der gemeinsame Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wurde abgelehnt, der Entschließungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE wurde angenommen.

[Die Rede dazu könnt Ihr hier lesen...](#)

Gesetz zu dem Staatsvertrag über die Organisation eines gemeinsamen Akkreditierungssystems zur Qualitätssicherung in Studium und Lehre an deutschen Hochschulen

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 6/6953 vom 05.07.2017, 1. Lesung, ohne Debatte

https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/parladoku/w6/drs/ab_6900/6953.pdf

Der Gesetzentwurf wurde federführend in den Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kultur und an den Hauptausschuss überwiesen.

Sicherung hochqualifizierter Fachkräfte in den naturwissenschaftlich-technischen Berufen (MINT)

Antrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE

Drucksache 6/7385, vom 19.09.2017, Neudruck

https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/parladoku/w6/drs/ab_7300/7385.pdf

Der Antrag enthält eine Reihe von Selbstverständlichkeiten, um den MINT-Fachkräftenachwuchs mit Maßnahmen im Bildungsbereich, der Hochschulen und der Wirtschaft zu fördern, ohne wirklich konkret zu werden, bis auf den Vorschlag zur Unterstützung des im Bundestag diskutierten MINT-E-Portals. Aber zum einen fehlt uns bei dem Antrag der spezielle Fokus auf der frühen Bildung, auf Kita und Schule. Dies ist misslich, denn das frühe Lernen erlaubt einen spielerischen Umgang, kann den konkreten und lebensnahen Verwendungszweck für die Technik aufzeigen und verhilft vor allem Mädchen in einer Zeit, in der die Rollenverständnisse noch nicht gefestigt sind, zu einem selbstbewussten Umgang mit Technik. Zum anderen enthält der Antrag – wie so viele Koalitionsanträge – mal wieder viel Wohlfühlwatte und wenig Konkretes. Da er aber nicht schädlich ist, haben wir ihm zugestimmt.

[Die Rede dazu könnt Ihr hier lesen...](#)

Transferstrategie Brandenburg - Verbesserung der Zusammenarbeit von Wissenschaft mit Wirtschaft, Politik und Zivilgesellschaft

Bericht der Landesregierung

Drucksache 6/7370 vom 13.09.2017

https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/parladoku/w6/drs/ab_7300/7370.pdf

Grundsätzlich begrüßen wir, dass Brandenburg als bisher erstes Bundesland eine Transferstrategie erstellt hat. Doch die vorgelegte Fortschreibung kommt reichlich spät. Denn das Anliegen dazu wurde schon im drei Jahre alten Koalitionsvertrag festgeschrieben. Ziele und konkrete Maßnahmen bleiben in der vorgelegten Strategie unklar. Sie enthält vielmehr allein 20 Prüfaufträge und viele vage Formulierungen. Für die Diskussion der nächsten Jahre brauchen wir außer den Indikatoren - erstens - klarere Verantwortungsstrukturen. Es sollte die Frage geklärt werden, wo das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur Förderin des Transfers und wo Moderatorin des Prozesses ist. Ferner ist die Frage offen, ob das Land die Transferinfrastruktur dauerhaft und ausreichend finanzieren und mit festen Personalstellen sowie ausreichenden Sachmitteln ausstatten will. Zweitens wird in der Transferstrategie mehrfach für mehr Transparenz plädiert und die Stärkung von Kommunikation angestrebt. Da verwundert, dass hier keine Verknüpfung zur Digitalstrategie des Landes hergestellt wird. Durch Open Access und Open Data können Forschungsergebnisse, die mit öffentlichen Mitteln erstellt wurden, einer breiten Öffentlichkeit zugänglich und zur Weiterverwendung nutzbar gemacht werden. Drittens geht der Transferbericht wenig auf die Abstimmung mit Berlin ein, obgleich betont wird, dass für KMU die räumliche Nähe zu wissenschaftlichen Einrichtungen ein wesentlicher Schlüsselfaktor für Transferaktivitäten sei.

[Die Rede dazu könnt Ihr hier lesen...](#)